

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. — Versammlungsbelege kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Otto Gne, Essen; Druck: H. Gne, Essen & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Berlin, Wilmersburger Str. 38-42. Telefon Nr. 89, 95 u. 234. Telegr.-Adr.: Arbeiterband Berlin.

Christentum und Sozialisierung.

Die Weihnachtsfeiertage sind wie geschaffen zum Nachdenken über die Frage: „Widerspricht die Sozialisierung dem Christentum?“

Wenn die grundsätzlichen Mammonsarbeiter diese Frage bejahen, so wundern uns das nicht. Aber es gibt ungeheuer viele ehrliche Anhänger der menschenfreundlichen Lehren des armen Zimmermannssohnes von Nazareth, die beeinflusst durch die unzähligen Helfershelfer des Mammonismus, in Zweifel geraten sind, ob sich Christentum und Sozialisierung vertragen. An diese ehrlichen Zweifler wenden wir uns.

Ist es nicht schon ein weithin leuchtendes Merkzeichen, daß Christus aus dem ärmsten Teil seines Volkes hervorging? Bedeutet dies nicht, daß aus den Reihen jener, die mit materiellen Gütern reich gesegnet sind, kein zu jedem Opfer bereiter Menschheitsvertreter hervorgehen kann? Oder was will das Wort von dem Knecht, welches „eher durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in den Himmel komme“, in Wahrheit besagen? Uns Moderne übertragen heißt es: Das Werk der Proletarierbefreiung ist das Werk der Proletarier selbst!

Die Sozialisierung will durch eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen Gütererzeugung und -verteilung die im Jagen nach materiellem Gewinn rücksichtslos selbstständig gewordenen Menschen zu einer edleren Auffassung ihres Lebenszweckes bringen. Nicht das frasse „Ich“ soll vorherrschen, sondern der Einzelne soll sich weit mehr wie zuvor als ein Glied der Gemeinschaft fühlen und betätigen. Die hülfreiche Nächstenliebe soll die Heilrichtung angeben. Der Gemeinschaftsgehalt soll über den materiellen Egoismus siegen. Und das sollte unchristlich sein?

Wir lesen in der Apostelgeschichte, wo sie uns berichtet über das Zusammenleben in den ersten christlichen Gemeinden:

„Alle aber, die gläubig geworden, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam.“

Ihre Güter und Habe verkauften sie und teilten sie aus unter alle, nach dem jebedermann not war.

Und sie waren täglich und stets beieinander im Tempel und brachten das Brot hin und her in den Häusern.

So herrschte in den ersten Christengemeinden die Gütergemeinschaft im weitesten Sinne. Die wohlhabenden Christen verteilten Güter und Habe unter ihre armen Glaubensgenossen. Man zog aus den Lehren des Meisters die Konsequenz sogar der kommunistischen Verteilung der Lebensbedürfnisse. Man wird natürlich einwenden, dieses harmonische Gemeinschaftsleben habe keinen Bestand gehabt, es widerspreche der „menschlichen Natur“. Jedenfalls aber widerspricht es nicht der altchristlichen Auffassung von dem Verhältnis der Menschen zueinander. Die „menschliche Natur“ ist aber keineswegs in allen Zeitperioden gleich. Die „Menschheitsnatur“ ist auch ein Produkt der jeweiligen gesellschaftlichen Zustände.

Die urchristlichen Gemeindeglieder haben doch sicher am besten gewußt, wie ihr Meister und Lehrer sich zur Benutzung der Bedarfsgegenstände gestellt hat. Die Tatsache des kommunikativen Sozialisierens Gütergebrauchs und -verbrauchs in den ersten Christengemeinden ist dokumentarisch verbürgt! Allein sie schon widerlegt die Behauptung der „modernen Christen“, die Sozialisierung widerspreche dem Christentum!

Im Laufe der seitdem verfloßenen vielen Jahrhunderte haben sich die offiziellen Ausleger der Christuslehre leider immer mehr zu Konzeptionen an den Mammonismus bereit gefunden. Aber die in den ersten Jahrhunderten n. Ch. lebenden bedeutendsten Kirchenväter haben doch oft in wichtigen Anlässen das Sammeln von Schätzen, die Motten und Rost fressen“, verurteilt. Immer mehr jedoch löste man sich mit der kapitalistischen, der materialistischen Auffassung, der angeblich „natürlichen“, aus. Endlich kam es sogar dahin, daß man die Jagd nach dem materiellen Gewinn als „der Menschennatur entsprechend“ und den sozialistischen Gedanken als mit dem „Wesen des Christentums unvereinbar“ bezeichnete. Das Wortchristentum gewann überall die Oberhand.

Materialien zur Sozialisierung.

Gothein zur Sozialisierung.

Der Reichstagsabgeordnete Bergant a. D. Gothein, dessen große volkswirtschaftliche Kenntnisse uns verpflichten, seine Stellungnahme zur Sozialisierung zu beachten, wendet sich auch im „Obersächsischen Industrie-Kurier“ (20. Oktober) gegen die Bergbau-Sozialisierung mit einer Reihe von Einwänden, die uns seit langem bekannt sind. Auffallend ist aber, daß Gothein, der doch sonst die Anschauungen der Bergarbeiter vertritt, in der Sache der Sozialisierung, die — „Kleinigkeiten“ für ein probates Mittel hält, die „Arbeitsfreudigkeit zu heben“. Er ist doch sonst kein Unantasteter. Wie wichtiger ist, was Gothein mit folgenden Sätzen ausspricht:

„Will man die Gewinne aus dem Kohlenbergbau im weitesten Maße der Allgemeinheit dienlich machen, so muß man wenigstens darauf bedacht sein, die privatwirtschaftliche Initiative nicht auszuhebeln, und gleichzeitig das Interesse der Arbeiter an dem wirtschaftlichen Gelingen und an dem finanziellen Erfolg des Unternehmens wachzurufen. Der Weg dazu wäre, die Kohlengruben einzuschließen, die zugehörigen Betriebsfabriken als gesonderte Unternehmungen in Aktienform zu verwalten, diese sämtlich in einer großen Reichsgesellschaft zu vereinigen, welcher der Verkauf der Produkte obliegen würde, den Aktien eine fünfprozentige Vorzugsdividende auszusprechen, den überschüssigen Gewinn zu drei Fünfteln der Reichsregierung zuzuführen, ein Fünftel als Rücklage für die weiteren Unternehmungen zu geben und aus dem letzten Fünftel Arbeitsbeschäftigung die gleiche Dividende zuzuführen wie den Stammaktien.“

Wir aber müssen die Erinnerung an den werktätigen Sozialismus der ersten Christengemeinde wieder aufrufen. Wir weisen die Zweifler und Unwissenden hin auf jene Christen der Zeit, denen es erst war mit der Beherzigung der tiefsten Mahnung ihres Meisters: „Du kannst nicht Gott dienen und dem Mammon!“

Niemand darf sich entziehen über die furchtbare Selbstsucht unserer Tage, wenn er nicht mithilft, die wirtschaftliche, die privatkapitalistische Vorbedingung dieser Selbstsucht auszuräumen. Wenn das nicht geschieht, sind alle Klagen und Verwünschungen gegen den Mammonismus leere Deklamationen.

Die Menschen müssen begreifen lernen, daß wir auf dem bisher beschrittenen Wege dem Hunger und Mangel, Missetaten einsehen, daß die absolut nötige Gütererzeugung den Lebensunterhalt der Menschen, nicht die Erzielung eines privaten Gewinns zum Ziel haben darf. Der Kapitalismus, so schrieb in den 60er Jahren der Volkskämpfer Hermann Wagner, einer der Gründer der konservativen Partei Preußens, „sich nur darauf, was und wieviel, nicht wie produziert wird, hat mehr die Ware im Auge als die Menschen und macht diese selbst zur Ware. Er häuft das große Kapital in immer weniger Hände und führt Massenarmut herbei.“ In diesem Sinne urteilten die bedeutendsten altkonservativen Politiker damals. Noch 1892 schrieb die konservative „Kreuzzeitung“: „Dieser moderne Mammonismus trägt das Zeichen des göttlichen Geistes an der Stirne; durch die Herzlosigkeit und Brutalität seines Ausbeutungssystems ist er zum Untergang reif.“ Der berühmte französische Mangeltheoretiker Joffe charakterisiert die durch den Kapitalismus geschaffenen Zustände mit folgenden Worten: „... wir sind alle aus demselben Stoff geformt. ... warum also sollen wir auf der einen Seite Freude, Glück und Frieden, auf der anderen Trauer, höchste Verzweiflung, höchste Not, ja sogar Verdrüss und Missetat sehen?“ Teile von dem Heile der ersten Christen durchgeführte Anlage gegen den Kapitalismus beweist uns wieder, daß die sozialistische Auffassung von der Gleichberechtigung der Menschen und von der Verdrängung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft absolut nichts unchristliches an sich hat. Und den Leuten, die in der Sozialisierung eine „Aufgabe der persönlichen Freiheit“ sehen, die „die wirtschaftliche Ungebundenheit“ als der „menschlichen Natur“ allem entsprechenden bezeichnen, denen empfehlen wir zu lesen, was der bedeutendste katholisch-sozialistische Führer der Neuzeit, Bischof Freteler, über die sogenannte „Freiheit der Arbeiter“ unter der Herrschaft des Mammonismus gesagt hat.

Einer der wenigen Überlebenden aus der Zeit, wo die (konservativen) Reichsparteien noch nicht den Ehrgeiz hatten, in der Begünstigung des Industriebourgeois hervorzutreten, der Altkonservative Adam Röder, schreibt jetzt in der von ihm herausgegebenen „Zölibatistischen konservativen Korrespondenz“:

„Es ist zum Schrecken, wenn man es erlebt, wie diese neue Rechte die alte christliche Fährne eines christlichen und sozialen Konservatismus verläßt... Die Verstaatlichung der Bergwerke war die selbstherrliche Forderung des alten sozialen Konservatismus, wie er — von Modestus ganz abgesehen — von Stöcker, Reissner, Adolf Wagner, Hermann Wagner, und den Jung-Konservativen Fr. W. Meyer, Lange, Bielefeld, Heinrich Engel, Dietrich v. Dörken und dem Schreiber dieses vertreten wurde! Demie markiert dieses einst soziale Bürgerthum hinter der Manchester-Fahne der Helferei, Wägel, Räder und Genossen, um sich vor dem Sozialismus zu retten.“

Indem man sich vor der Sozialisierung zu „retten“ versucht, treibt man die unglückliche Menschheit der völligen Verarmung zu. Man gibt nichts unchristlicher als sozialistische Gemeindegeldideal preis und führt die schon mammonistisch stark verjüngte Menschheit vollends in die grauenhafte Wüste der rücksichtslosen Selbstsucht.

Uns soll und darf das Loben der Mammonsarbeiter nicht abhalten, den ererbenden Gemeindegeldgedanken um so energischer zu vertreten. In fast 500 000 Bergmannsbewohnungen wird unsere Zeitung am Weihnachts-Tag zu finden sein. Benutzen wir die Feiertagsruhe zum Nachdenken über die Schicksalsfrage der Menschheit: Wie retten wir uns aus dem Sumpf des Mammonismus?

Hiermit gibt selbst Gothein zu, daß eine „Reichsgesellschaft“, in der unsere Kohlengruben „vereinigt“ wären, ein lebensfähiges Gebilde ist! Während sonst immer behauptet wird, eine solche zentralisierte Reichsgesellschaft sei „unfähig“, den „Bedürfnissen des Marktes“ gerecht zu werden, weil sie „zu schwerfällig“ arbeite. Diesen Einwand läßt Gothein, wie man sieht, nicht gelten. Das ist von Bedeutung.

Der Vorschlag der Sozialisierungskommission sieht ja auch eine Reichsgesellschaft vor, die sich im Besitz aller Stein- und Braunkohlenwerke befindet und die Verwaltung mit Hilfe von Generaldirektoren und Bezirksdirektoren, in denen Vertreter der Betriebsräte mitwirken, ausüben soll. Die Sozialisierungskommission will aber den privatkapitalistischen Unternehmer ausschalten, während der durchaus individualistisch gerichtete Gothein die privatkapitalistische Besitzform beibehalten will. Hinsichtlich der verwaltungsmäßigen Zusammenfassung der Kohlengruben in eine „Reichsgesellschaft“ stimmt Gothein aber der Sozialisierungskommission zu. Das ist für uns sehr wesentlich.

Herr Gothein legt jetzt leider nur der wirtschaftlichen Seite der in Rede stehenden Angelegenheit Gewicht bei. Er übersieht, wie alle seine Gefinnungsgenossen, die wirtschaftspolitischen oder auch die staatspolitischen Notwendigkeiten. Wie es seinerzeit aus staatspolitischen Gründen geboten war, unser wichtigstes Verkehrsmittel, die Eisenbahnen, nicht in den Händen Privater zu belassen, ebenso notwendig ist es, dem Privatkapital die Gewalt über die Kohle, den letzten Rohstoff, nun auch die Reichsregierung abzugeben, zu entziehen. Der vielversahene Politiker Gothein weiß recht gut, welchen ge-

waltigen Einfluss gerade die „Kohlenmagnaten“ auf unsere innere und äußere Politik ausüben, wie machtbewußt die Syndikatsherren auch gegenüber der Staatsverwaltung auftraten. Darum kam es ja vor dem Kriege zu den Versuchen der preussischen Staatsregierung, durch Erweiterung ihrer eigenen Kohlengewinnung die auch politisch sehr fühlbare Macht der Kohlenherren einzudämmen. Es gelang nicht, weil man die Grundbesitzer jener Macht unberührt ließ.

Kein Verringerer als Gothein selbst hat die große politische Gefahr, die in der wirtschaftlichen Machtanhäufung in die Hände privater Kohlenkräfte liegt, ausdrücklich zugegeben! In seinem Buche: „Reichsbergbau und Politik“ (Hannoversche Verlagsanstalt, 29. April 1916) schreibt Gothein auf Seite 69:

„Es ist nicht zu verkennen, daß die fast wachsende Konzentration des Steinkohlenbergwerksbesitzes in immer weniger Händen politische (1) wie soziale Gefahren mit sich bringt, die seine Überführung in den Allgemeinnutzen wünschenswert erscheinen lassen.“

Da also das beständig durchaus unsere Auffassung, Gothein erwidert in seinem genannten Buche „den einzigen und richtigen Weg“, durch Ankauf der Aktien- und Aktienmehrheit teilens des Reichs dieses zum Weiger „eines beträchtlichen Teiles“ der Steinkohlenbergwerke zu machen! Prinzipiell spricht er nicht dagegen, zuweilen aber dann auf die (1916!) „durch den Krieg geschaffene schwierige Finanzlage“. Grundsätzlich befürwortet also auch Gothein den Reichsbesitz an den Kohlenbergwerken und zwar vorwiegend aus politischen und sozialen Erwägungen heraus.

Heute haben diese Gründe nicht weniger, sondern viel mehr Gewicht wie 1916. Denn heute ist die „Konzentration des Steinkohlenbergwerksbesitzes in immer weniger Händen“ ebenfalls der Wirtschaftslagegrube! — ungeheuer viel weiter vorgeschritten als 1916. Die Gefahren, die damals Gothein ganz richtig sah und beklagte, sind also heute viel größer geworden. Darum eben bedarf die Bergarbeiter und Bergbauangehörigen um dringlicher als je zuvor die Sozialisierung des Bergbaues.

Bernichtung durch die Verstaatlichung!

Unter dem harmlos erscheinenden Deckmantel der „vertikalen Zusammenfassung des Bergbaues mit den Bergbauindustrien“ (Verstaatlichung) verbirgt sich der Plan, alle nicht zur Verwertung geeigneten oder geringen Unternehmungen durch Entzug der Kohle zu vernichten! Herr Generaldirektor Dr. Silberberg berichtet dies in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“ vom 21. November offen aus. Er schreibt zur Erläuterung der Verhältnisse Stinnes-Silberberg-Wägel:

„Die Kohlenarbeiter müssen den Eisenindustrie (Bergbauindustrien) übergeben werden. Diese haben als Mittel zur Steigerung der Förderung auszuhebeln. Die Verstaatlichung muß den Eisenindustrien zugute kommen! Die Verstaatlichung der bestehenden „reinen Eisen“ muß dienen zur freien Verwertung durch die Eisenindustrie. Für die Kohlenverarbeiter, die nicht selbst Bergbau betreiben, wird die „Kohlenzuteilung“ in ähnlicher Weise (also als auch die Kohle ihres Bedarfs) vorzuzugewahrt erhalten bleiben.“ Für die verstaatlichten Verarbeitungen „die verstaatlicht am besten leben“, muß „sozialistische“ werden, während vorgeplant wird, „andere ganz auszuhebeln zu lassen!“

Daß damit unzählige kapitalistische Unternehmen, die keinen eigenen Bergbau betreiben können, das Todesurteil gesprochen wäre, liegt auf der Hand. Eine Stilllegungsaktion von ungeheurem Umfang wird so befürwortet. — Das nennt sich noch oberdein „Sozialisierung“.

Gegen diese Zwangsverstaatlichung

wendet sich freigeigentlich selbst ein so privatkapitalistisches geistiges Blatt wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (4. Dezember). Sie sind wohl für die „richtige Kleinaktie“ und wenden sich gegen eine Sozialisierung überhaupt, kennzeichnen aber die „vertikale Zusammenfassung“ wie folgt:

„Der von Stinnes stammende Vorschlag unter dem Motto: „Durch Zusammenfassung von Erzeugern und Verbrauchern große vertikale orientierte Verstaatlichungen zu schaffen, in denen alle Erzeuger und Verarbeiter der Kohle bis zur Glühbirne vereinigt sind“, geht aus von der natürlichen Entwicklung des letzten Jahrzehnts, verläßt aber in den Fesseln, die die Kohle bis jetzt freibeweglich zu halten und mit Gewalt zu zerschneiden in den großen Tausch des Tausch zu werfen. Dabei hat die Praxis gezeigt, daß so zusammengebaute Betriebe bei weitem nicht immer am glücklichsten arbeiten, weil sie zu schwerfällig werden. Stinnes geht zugegen über die Erzeugungsgesellschaft selbstständiger Kohlenwerke hinweg und will sie bedenklich dem Zugriff einiger weniger bevorzugter Verbraucher und der Kommunen preisgeben. Damit übertrifft er weit die Grenzen gesunder Wirtschaftlichkeit. Es sollte wundernehmen, wenn sich die übrige Verbraucherenschaft von Kohle — und das ist ja die erdrückende Mehrheit des Volkes — eine derartige Zwangsverstaatlichung gefallen lassen würde. Aber abgesehen vom Verbraucherinteresse in Hinblick auf die direkte Zuteilung von Kohle liegt die größere Gefahr in der Enttarnung unseres Wirtschaftslebens. Die heute bestehenden großen Kongerne haben in vielen Fällen schon so schwerfällig geworden, daß sie bedeutende Reichen bürokratischer Schwermut zeigen, von der ja gerade unter Wirtschaftsleuten befreit werden muß.“

Schärfer können auch wir den „genialen Plan“ nicht kritisieren wie es von dem kapitalistischen Blatt geschieht, das sich durch das „Gefahren dem neuen Wirtschaftsland!“ noch nicht ganz den Sinn für die Wirklichkeit rauben ließ.

Jahrbuch unseres Verbandes für 1919.

Dem Beispiele anderer großen Verbände folgend, hat unser Verband für 1919 erstmalig ein Jahrbuch herausgegeben. Infolge Ueberlastung mit Arbeit und anderer Schwierigkeiten hat sich die Fertigstellung stark verzögert, so daß mit dem Verband erst Ende November begonnen werden konnte. Der erste gedruckte Jahresbericht unseres Verbandes erschien für die Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1898. Bis 1905 fanden die Generalversammlungen alljährlich statt und jeder Generalversammlung wurde ein gedruckter Jahresbericht vorgelegt. Von 1906 an fanden die Generalversammlungen alle zwei Jahre statt und für diesen Zeitraum erschienen dann auch die Jahresberichte. Von 1911/12 an wurden die Jahresberichte monatlich herausgegeben.

Inhalt auch mehr entspricht. Durch die Herausgabe eines Jahrbuches kann den wachsenden Anforderungen jedoch viel besser Rechnung getragen werden.

Das Jahrbuch für 1919 umfaßt 448 Seiten. Einleitend bringt es eine allgemeine Übersicht. Dann folgen Abhandlungen über Produktion und Uberschüsse der Werke, Arbeitsleistung u. Entlohnung, die Organisationen der Werksbesitzer, die Reichs-Kohlenwirtschaft, den Wirtschaftsverband für Kohle und Teer-erzeugnisse, und die Reichsfallwirtschaft. Diese 7 Abhandlungen umfassen 40 Seiten. Die Abhandlung über soziale Gesetzgebung umfaßt 20 Seiten und enthält unsere Stellung zur Sozialisierung, das Gesetz über die Sozialisierung der Energiequellen, die Regelung der Kohlenwirtschaft, die sittliche Pflicht zur Arbeit und die Befugnisse des Reichs zur Sozialisierung, die Regelung der Fallwirtschaft, die Aufhebung des Gesetzes über den Abfall von Kalkstein, die dem Betriebsratsgesetz vorangegangenen Verordnungen und die Verordnung über die Errichtung von Arbeits-tämmern. Anschließend heißt es dann weiter auf Seite 58 u. 59:

Die Regierungen arbeiten im Berichtsjahre dermaßen an-gestrenzt, daß man sich nur darüber wundern kann, wenn sich immer noch Menschen finden, die da behaupten, die Regierung habe für die Arbeiterklasse nichts getan. Solche Leute ernst zu nehmen, fällt dann wirklich schwer; man möchte ihnen am liebsten zurufen: Lernet doch erst Lesen und Denken, ehe ihr urteilen wollt!

Das Reichsgesetz über die Gewährung von Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 1. Oktober 1919 wird eingehend besprochen und als ein Meilenstein in der neuen deutschen Gesetzgebung be-zichnet. Es wird hingewiesen auf die vielen anderen gemein-nützigen Gesetze und Verordnungen. Die von der Konferenz der Arbeitersekretäre am 27. Juni 1919 gefasste Entschließung zur Verwirklichungsgesetzgebung wird wörtlich wiedergegeben. Daran anschließend heißt es:

Die Vorarbeiten zur Forderung eines Reichsberggesetzes und eines Reichsgruppengesetzes sind auch im Gange und darf man trotz aller Wollen, die noch manchen Sturm verdrängen, der über unser Vaterland wehen wird, doch mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Ein Volk, das in seinen schweren Tagen fähig ist, solche Reformen zu planen und durchzuführen, wird keinen Platz in der Weltgeschichte mit Ehre behaupten. Deshalb weiter, vordrängend auf dem Wege zum So-zialismus, einer kühneren Zukunft entgegen!

Es folgen dann Abhandlungen über die Entwicklung unse-res Verbandes, Verwaltung und Agitation, Arbeitsgemeinschaften, Aktionsausschüsse, unsere Toten, Rechtsstreit, Anknüpfung-lisches, unter Verhältnis zu anderen Organisationen, Lohnbewe-gungen, Streiks und Tarifverhandlungen. Wir finden hier die Tarifverträge für den Steinkohlenbergbau, Braunkohlenberg-bau, Kalibergbau und Erzbergbau, sowie die Einzeltarifverträge. Dieser Teil des Jahrbuches umfaßt 296 Seiten.

Die Abhandlung über unsere Presse umfaßt 7 Seiten. Darin wird auch dargelegt, wie nicht nur wir, sondern auch die ganze Gewerkschaftspressen unter der Raumnöte zu leiden haben. Dann heißt es wörtlich auf Seite 364:

Selbstverständlich muß sich den Raumverhältnissen auch die Be-richtsstellung anpassen. Leider geschieht das viel zu wenig. Es fehlen uns eben fast in allen Bereichen geeignete Mitarbeiter. Solange es daran fehlt, helfen alle Klagen über mangelnde Berücksichtigung u. s. w. nichts. Geeignete Mitarbeiter, die für alles Blick und Maß haben, sind aber sehr dünn gefast. So kommt es, daß uns über Rich-tigkeiten spaltenlang berichtet wird, über wichtige Vorgänge erfahren wir dagegen nichts. Das gilt für die meisten Vereine. Auch hier ist noch viel Aufbaubarbeit zu leisten, bevor es besser werden kann.

An Straßen fehlt es uns überall, nur an Märglern sind wir überreich. Allen Menschen recht geben, ist eine Kunst, die niemand lehrt, sagt ein altes Sprichwort. Aber wir sollen diese Kunst können, das wird täglich verlangt. Der eine wünscht diese, der andere jene Taktik. Dem einen sind die Sätze zu lang und gewunden, dem anderen zu kurz und abgehackt. Der eine fordert mehr, der andere weniger Fremdwörter. Es wird dabei völlig übersehen, daß die Taktik nicht von uns bestimmt wird, sondern vom Bewußtsein der Mitglieder. Ebenso, daß wir unseren Mitarbeitern die Feder nicht führen, sondern ihre Eigenart mehr oder weniger in Kauf nehmen müssen!

Wer sich selbst und der Sache dienen will, der soll diese Sätze lesen, durchdenken und beherzigen. Unser Verband zählt jetzt mehr als 1800 Zahlstellen mit über 460 000 Mitgliedern. Wenn jede Zahlstelle auch nur einmal jährlich in der Zeitung berück-sichtigt werden soll, dann entfallen auf jede Nummer durchschnittlich etwa 35 Artikel. Jeder, der für die Zeitung schreiben will, sollte sich das alles vor Augen halten und sich danach einrichten. In der Kürze liegt die Würze.

Das Jahrbuch bringt dann die Tabellen über die Mit-gliederbewegung und die Bezirke aus den 16 Bezirken unseres Verbandes in ganz Deutschland. Ferner Tabellen der Bezirks- und Sozialstellen, den Bericht der Hauptkassse des Verbandes, den Bericht der Unfallunterstützungskasse für Funktionäre, die Monats- und Jahresabrechnungen der einzelnen Bezirke, den Bericht sowie die Bilanz der Firma Hansmann & Co. und den Bericht des Kontrollausschusses. Dieser Teil des Jahrbuches um-faßt 82 Seiten.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Jahrbuch ist eine gute und umfassende Arbeit. Es enthält eine Fülle statisti-schen und sonstigen Materials und sollte keinem an führender Stelle stehenden Kameraden, aber auch in keiner Bibliothek fehlen.

Intern. Gewerkschaftskongress.

(Schluß.)

Hieraus ergänzt Mertens-Belgen mündlich den von ihm vor-gelesenen schriftlichen Bericht über die Frage der Rohstoffver-fügung. Wenn die Gewerkschaften auch noch nicht fast genug sind, um die Rohstoffverfügung allein zu regeln, so sind sie daran doch nicht bestärkt. Der Völkerverbund sei bei all seinen Mängeln bemüht, in dieser Frage einzugreifen. In der Kommission bestand Einmütig-keit darüber, daß die derzeitige mangelhafte Verteilung der Rohstoffe auf die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Über den Weg zur Besserung indessen waren die Auffassungen geteilt. Die Mehrheit der Kommission hielt das Internationale Arbeitsamt als Zen-tralstelle für die Rohstoffverteilung für geeignet, während die Vertreter Italiens und Norwegens jedes Inanspruchnehmen mit dem Arbeitsamt als einer Institution des Völkerverbundes ablehnten. Er empfiehlt die Resolution dem Kongress zur Annahme.

In der Diskussion wendet sich Malteff-Italien gegen den zweiten Teil der Resolution, da es ein Widerspruch sei, die kapitalistische Gesellschaft einmal als unfähig für eine gerechte Rohstoffverteilung zu erklären, dann aber die Lösung dieser Aufgabe demselben Organ dieser selben kapitalistischen Gesellschaft anzuvertrauen. — Malteff schlägt die Schaffung einer neuen internationalen Zentralstelle, unab-hängig vom Arbeitsamt, vor, die auch mit der Rohstoffverteilung be-traufet werde. Er und seine Freunde misstrauen dem Arbeitsamt, den Willen und die Macht zur Durchführung der ihm übertragenen neuen Aufgabe zu besitzen.

Daer-Schweiz erklärt, man könne dem ersten Teil der Ent-scheidung zustimmen. Das Internationale Arbeitsamt sei aber außer-liege, diejenigen Regierungen, die sich realistisch verhalten, durch irgend-welche Zwangsmaßnahmen zur einheitlichen Regelung zu veranlassen. Auch die Nationalisierung der Lebensmittel im Kriege habe bewiesen, daß die kapitalistische Organisation verage. Im Namen der Schweizer und der Mehrheit der deutschen Delegation sei er beauftragt zu erklären, daß sie den letzten Absatz der Resolution in der vorliegenden Form ab-gelehnt. Er schlägt vor, die Resolution an die Kommission zurück-zugeben.

Mertens erwidert in seinem Schlusswort, die Ablehnung des letzten Teils der Resolution sei eine Schwäche. Es werde nicht ver-läugert, daß das Arbeitsamt ohne weiteres die Verteilung der Rohstoffe übernehmen könnte, sondern der Internationale Gewerkschaftsbund soll selbst einen Weg erarbeiten, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn man dem Vorleser Malteffs nachsehen will, so wird man ge-zwungen sein, zu sagen, daß es nicht nur die Schweizer, sondern auch die deutschen Delegierten waren, die diesen Widerspruch zum ersten Teil der Resolution aufstellten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag Duerr und Genossen auf Zurückweisung an die Kommission mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Der erste Teil der Resolution der Kom-mission wird einstimmig angenommen. Zum letzten Teil beantragt Deutsch-länd ein Zusatz, besagend, daß dem Arbeitsamt die Macht erst durch den freien Willen der selbständigen Arbeiterorganisationen verliehen werden müsse. Der letzte Absatz der Resolution wurde alsdann auch mit großer Mehrheit angenommen. Die so angenommene Resolu-tion über die Rohstoffverfügung besagt in ihrem ersten Teil, daß der Weltfriede eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Arbeiterbewegung ist, die hauptsächlich durch die kapitalistische Wirtschaft, hauptsächlich durch die kapitalistische Wirtschaft, hervorgerufen hat und daß die kapitalistische Wirtschaft eine gerechte Verteilung der Rohstoffe im Wege stehe. Darum sei es die Pflicht der Arbeiterklasse, auf die Ver-schüttung der unorganisierten Gesellschaft und ihre Erziehung durch eine rationelle Organisation der Produktion hinzuwirken. — Um aber heute bereits auf eine gleichmäßige Verteilung der Rohstoffe der Welt hinzuwirken, wird das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt abzu-sprechen, in der organisierten Arbeiterklasse zu vertreten. Diese Kommission soll beauftragt werden, die gerechte Verteilung der Rohstoffe zwischen den verschiedenen Ländern unter Berücksichtigung ihrer in-dustriellen Bedingungen zu sichern.

Am fünften Verhandlungstage berichtet Jouhaux-Frankreich über die Valutafrage. Die Kommission habe sich von zwei Gesichts-punkten leiten lassen: 1. Forderung der prinzipiellen Stellung, 2. Fest-stellung der sofort möglichen Maßnahmen. So sehr auch die vorge-schlagene Lösung nicht voll auf befriedige, so wisse er doch, daß die hun-gernen Völker nicht bis zur Erfüllung der prinzipiellen Lösung warten können. Wohl habe die Valutafrage aus sich mit all den übrigen behandelten Fragen zusammen, doch gäbe es ein Selbstmittel, das aller-dings von den Regierungen bisher nicht ergriffen worden ist. Diese Lösung will den verschiedenen Nationen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit Rechnung tragen und die Solidarität der Interessen schaffen. Die Re-gierungen haben jedoch diese Maßnahme deshalb bisher nicht ergriffen, weil sie sich damit selbst bedroht hätten. Das ist die interna-tionale Anleihe, die eine engere Verknüpfung der Interessen der ver-schiedenen Nationen und damit eine Umwälzung der Denkwelt zur Folge haben müsse. Zur Durchführung dieser Maßnahme schlage man deshalb den Völkerverbund vor, weil die Gewerkschaftsinternationale sich nicht als ein finanztechnisches Institut konstituieren könne.

Weihnacht

Vom Himmel fallen weiße Sterne,
Die Götter aus Kinderwänschen mach.
Die Glocken klingen nah und ferne
Durch die geweihte Nulle Nacht.
Froh löst das Lied vom Wohlgefallen,
Vom Glück, das uns der Heiland bringt,
Vom Frieden in den Erdenhallen,
Der Haß und Rache niederzwingt.

Ihr Sänger, spart die leeren Worte,
Denn anders ist die Wirklichkeit.
Das Glück kommt durch die reiche Pforte
Und durch die arme kommt das Leid.
Kein Tannenbaum strahlt seine Bälle
Dem Armen in das Kämmerlein,
Die Sorge kauert an der Schwelle
Und läßt die Freude nicht hinein.

Gar manches Kind erfährt vergebens
Vom Christkind das gewünschte Spiel,
Weil in die Wege seines Lebens
Die Träne der Entbehrung fiel.
Gar manches Kind kann nicht mehr singen,
Der Fußten quält die schmale Brust;
Gehäht sind seine jungen Schwingen,
Geknickt ist seine junge Lust.

Singt nicht vom goldgeglänzten Frieden,
Da ihr noch Kugeln formt aus Blei.
Die Witwen, Waisen, Invaliden
Sind Zeugen eurer Heuchelei.
Singt nicht von Liebe; eure Sünden
Sind ewer Arnen im Gebet.
Wie könnt ihr Menschenliebe künden,
Wenn ihr das Gift des Hasses seht?

Das Christkind legt die schönsten Gaben
Den Reichen um den Weihnachtsbaum,
Doch jenen, die nichts eigen haben,
Schenkt es nur einen holden Traum.
Das ist kein rechtes Wohlgefallen,
Kein Glück, das allen Menschen scheint,
Wenn dort die Freudenlieder schallen
Und hier der Kummer klagt und weint.

Viktor Kalinowski

Buzzati-Italien: Die Italiener wünschen, daß nicht nur die Kriegsschulden, sondern auch alle die Forderungen erfüllt werden, die die Sieger den Besiegten gegenüber haben. Doch waren sie gegenüber der in der Valutafrage vorgelegten Resolution deshalb Vorbehalte, weil es unmöglich ist, die Expedition abzuschaffen, die den Lebensnerv der kapitalistischen Gesellschaft bildet. Auch eine Angleichung der Valuta in den verschiedenen Ländern könne eine Verteuerung der Rohstoffe zur Folge haben, wie das Beispiel Englands beweise, wo die Zinssätze von den Auslandsbanken vollkommen abweichen.

Wenn man sie fragt, was sie anstelle des Völkerverbundes setzen wollen, so erklären sie, daß die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf ihre Regierungen einen Druck ausüben müßten, um die Arbeiterklasse einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz, in der die Arbeiterklasse gemäß ihrer Bedeutung und Zahl vertreten sein müßte.

Jouhaux erwidert darauf, daß die Italiener auf alles dieselbe Antwort gäben: Unmöglich, irgend etwas zu tun! Das ist die Theorie, nach der der Sozialismus nur aus dem heißen Elend heraus werden könne. Die Tatsachen zeigen aber, daß die Bourgeoisie noch sowohl über genügend Geld, wie auch Produktionsmittel verfüge, um diese zum Schaben der Arbeiterklasse anzuwenden, und nicht daran denke, sich selbst umzubringen.

Gegen die Zurückhaltung der Ware durch die Börse müsse einge-griffen werden durch Spernung des Preises für alle Transaktionen, die nicht direkten Kauf oder Verkauf darstellen. Der Vorschlag der Italiener zur Einberufung einer Wirtschaftskonferenz sei nur unwirksam, als der der Kommission, werde er jedoch durchgeführt, dann müsse man ja wiederum die kapitalistischen Regierungen zur Teilnahme auffordern. In der darauf folgenden Abstimmung wird die Resolution gegen die Stimmen von Kanada, Italien und Norwegen angenommen. In dieser Resolution wird die Annullierung der internationalen Kriegsschulden als eines der Mittel empfohlen, welches geeignet wäre, den Wirtungen des Völkerverbundes heute schon zu begegnen, ferner die Schaffung und gerechte Verteilung der Wiedergutmachung, die Begleichung der Entschädigung durch den Völkerverbund.

Undeget gibt jedoch den Bericht der Kommission für die Frage der Sozialisierung einer Verwertung auf den vorliegenden aus-schließlichen schriftlichen Bericht. Aus politischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen werde die Sozialisierung von den Arbeitern ge-fordert. Die Sozialisten seien es, die es am meisten erfordere, die Pro-letariat zu erhöhen. Ein solches habe eine Erhöhung des Preises bewirkt, welches die Produktionsbedingungen vor. Er erklärt dies mit einer Reihe von Beispielen. In 1918 betrug das 30 Prozent der

Kaufkraft-Produktion in Händen der holländischen Regierung. Diese habe trotz des Mangels an Lebensmitteln, die Produktion um 25 Prozent ein-geschränkt. Zentraluropa werde vor Hunger, es mangle an Zeit und den notwendigen Nahrungsmitteln. Trotzdem habe man, als in Eng-land außerordentlich wenige Gefangen wurden, eine große Menge wieder ins Meer geworfen und Deutschland habe 14 Tage lang nicht gegessen, alles nur, um die Preise hochzuhalten. Darum müsse die Sozialisierung verlangt und die Produktion eingestellt werden auf den notwendigen Bedarf unter einseitiger Zurückstellung der Luxusindustrie. Angehöriger der ganzen Weltwirtschaft sei festzustellen: Wenn nicht inner-halb relativ kurzer Zeit die Sozialisierung in Angriff genommen werde, wird der Kapitalismus wieder steigen und für die nächste Generation an Trümpfen bleiben. Auf der gesamten Arbeiterklasse laie die große Ver-antwortung, mit ganzer Kraft den einmütigen Willen für diese Um-wälzung der Wirtschaft zu betätigen.

Dumoulin-Deutschland begrüßt die Resolution aus zwei Grün-den: Zunächst sei der Sozialismus das Kernproblem des proletarischen Kampfes überhaupt. Dann aber bestehe die Hoffnung, durch die Auf-lösung dieser Frage und durch den Beschluß die Sammelparole für das gesamte revolutionäre Proletariat zu geben.

Die Sozialisierung sei im Gegensatz zu den bisher behandelten Fragen ein Problem, das lediglich durch den eigenen Kampf der Ar-beiter zu lösen sei. Dem Völkerverbund müsse der proletarische Weltbund entgegengestellt werden. Es gelte, nicht nur den Beschluß zu fassen, sondern auch im aktiven Kampfe dafür einzutreten. Begünne man mit der praktischen Durchführung dieses Beschlusses, dann müsse man sich auch darüber klar sein, daß dies die Auflösung des großen entsehbaren Kampfes zwischen Kapital und Arbeit bedeute. Hierzu müßten auch die heute noch abseits des Bundes stehenden Glieder gewonnen werden.

Die Resolution über die Sozialisierung wird hierauf einstimmig angenommen. Sie stellt nach Beurteilung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer für das Proletariat verhängnisvollen Folgen fest, daß die Arbeiter nicht länger gewillt sind, für den Profit einer kleinen Clique zu arbeiten, daß die Besserung der materiellen und mo-ralischen Lebenslage der Arbeiterklasse nur in einem neuen System er-reicht werden kann und fordert daher die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel unter ausschließlicher Aufnahme des Kampfes für die Sozialisierung der Bodenschätze und Transportmittel. Diese Umwälzung der Wirtschaft soll jedoch keine Verstaatlichung sein, sondern soll unter Kontrolle der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Beauftragten vorgenommen werden. Für alle noch nicht sozialisierten Industrien fordert der Kongress zur Vorbereitung dieser Umwälzung das Kontroll- und Bestimmungsrecht der organisierten Arbeiter.

Dumoulin-Frankreich erstattet den Bericht der Kommission für die Zurückweisung der Moskauer Angriffe. Der soeben gefasste einmütige Beschluß zur unmittelbaren Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung beweihe, wie wichtig und falsch die Beschimp-fungen der Russen gegen die Antimperialistische Internationale seien. Man sei in der Kommission einmütig in der Beurteilung der russischen Kampfesweise und Beschimpfungen gewesen. Aber beim Übergehen zur konkreten Stellungnahme seien die Italiener und Norweger nicht mehr mitgegangen. Die russische Regierung pflege in ihrem Verkehr mit öst-lichen Regierungen einen viel ruhigeren, höflicheren Ton zu führen. Die Gewerkschaftsinternationale unterwerfe sich sehr wesentlich von der III. Internationale, weil sie die Freiheit auf ihr Banner geschrieben habe und nicht gewillt sei, sich irgend einer Regierung, selbst wenn sie sozialistisch sei, zu unterwerfen.

Dragona-Italien verteidigt die Haltung der Italiener. Auch sie können die von den Russen beliebten Methoden der Politik nicht annehmen. Sie stimmen nur deswegen nicht für die Resolution, weil sie sich nicht mit der Haltung einiger Führer der gewerkschaftlichen Zän-deszentralen identifizieren wollen. Sie stimmen anerkennend aber auch nicht dagegen, um nicht den ererbten Beschuldigungen bezutreten.

Carlson-England ist von der Erklärung der Italiener nicht be-friedigt und teilt mit, daß nach der Kommissionssitzung bekannt ge-worden sei, daß B. Dragona in Moskau sich schriftlich verpflichtet habe, auf diesem Kongress für die Orientierung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Bolschewismus zu wirken. Auf der anderen Seite jedoch habe er zugegeben, daß die Gewerkschaftsbewegung Russlands zerfallen sei. Bondegono-Frankreich weist den Italienern vor, daß sie vor 5 Jahren nicht folgerichtig gewesen seien; im Gegensatz zu der französi-schen Delegation hätten die italienischen Vertreter auf der Zim-merwälder Konferenz eine sehr unklare Haltung eingenommen.

Dragona verteidigt sich gegen diese Vorwürfe damit, daß er selbst damals nicht in Zimmerwald war und die Italiener infolge Ab-wehrverweigerung nur durch Morgari vertreten waren. Im übrigen hätten die Italiener dem Kongress einen Bericht vorgelegt, indem sie ihre Stellung präzisieren. Darin werde auch mitgeteilt, daß sie in Moskau 3 Verpflichtungen übernommen hätten: 1. Beurteilung der Verträge, die künftigen Elemente aus den Gewerkschaften auszuheben; 2. Be-streben zu sein, die Opportunisten aus den Gewerkschaftsstellungen zu verdrängen, die mit der Bourgeoisie solidarisierbar sind; 3. Bildung kom-munistischer Fraktionen zur energischen Vertretung der proletarischen Interessen. Im übrigen seien die italienischen Gewerkschaftsvertreter keine Bolschewisten und die italienischen Gewerkschaften der dritten Internationale nicht angeschlossen.

Eine weitere Verpflichtung, die ihnen in Moskau auferlegt worden sollte, ein internationales Komitee zu bilden zur Umgestaltung der Ge-werkschaftsbewegung und ihrer Annäherung an die 3. Internationale sei von ihnen nicht eingegangen worden. Auch sie lehnen es entschieden ab, die Beherrschung der gewerkschaftlichen durch die politische Organi-sation zuzulassen.

Nach kurzer Debatte, in der die norwegische Delegation erklärte, daß ihre Ablehnung der Resolution te ne Gutheißung der erfolgten Angriffe bedeute, sondern nur aus der Befürchtung heraus geschähe, daß durch die Resolution die Russen zu neuen Angriffen freigesetzt würden, wird die Resolution mit allen Stimmen gegen die der Norweger und unter Stim-menhaltung der Italiener angenommen. Sie weist in ihrem ersten Teil die in dem jüngsten Manifest ererbten Verleumdungen, entfallen zu-würd und erklärt, daß sich der Internationale Gewerkschaftsbund weber spalten noch vernichten lasse. Er fordert den angeschlossenen Antiradik-alen vollen Bewegungsfreiheit zu und fordert sie auf, alle Anforderungen ankehrender Körperlichkeiten, ihre Sonderbestrebungen in der Ge-werkschaftsinternationale zu unterstücken, zurückzuweisen.

Trotz der Verleumdung richtet der Kongress seinen Appell an das Proletariat Russlands wie aller anderen Länder und erklärt seine volle Sympathie mit ihren Reiben und revolutionären Bestrebungen. Er for-dert sie auf, durch Beitritt zum Internationalen Gewerkschaftsbund die Kampfkraft des internationalen Proletariats zu stärken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des 6. Verhandlungsa-ges weist der Sekretär der neugegründeten Internationale der An-gestellten, Schmidt-Holland, darauf hin, daß der gefasste Beschlus zur Sozialisierung nur gemeinsam mit den Kapitalgebern durchzu-führen sei. Er ersucht den Internationalen Gewerkschaftsbund, bei allen weiteren Vorarbeiten das Internationale Angestelltenproletariat zuzuziehen.

Zu dem tags zuvor gefassten Beschluß, der die Moskauer Angriffe zurückweist, wurde heute noch folgender Zusatzantrag gegen die Stimmen der Norweger angenommen:

Dieser Kongress erklärt, daß das Regieren eines Landes und die Leitung der Arbeiterinternationale zwei grundverschiedene und unab-erbare Dinge sind, und daß es nicht statthaft ist, daß die Führer einer Regierung, selbst einer kommunistischen, gleichzeitig die Führer der Arbeiterinternationale sind.

Jouhaux-Frankreich erstattet hierauf den Bericht der Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes in das Ruhrgebiet.

Als vom brohenden Einmarsch der Entente in das Ruhr-gebiet wiederum die Rede war, entzündete das Bureau des Internatio-nalen Gewerkschaftsbundes eine Delegation nach Deutschland, die zunächst mit den Gewerkschaftsorganisationen in enge Fühlung trat, dann aber, um ein durchaus objektives Bild zu geben, mit den Behörden und Unter-schmerbervertretungen. Aus den Berichten, Diskussionen, Tatsachen und auch aus dem, was sie mit eigenen Augen sahen, haben die Mitglieder der Kommission festgestellt, daß die Lage dort außerordentlich schlimm, eine Ueberbevölkerung vorhanden, das Leben außerordentlich teuer, die Na-hrungsmittelzufuhr durchaus ungenügend sei. Und auf Grund dieser Tatsachen erklärt sie, daß alle interessierten Weltbörnen der Entente-pressen, die das Mißtrauen zwischen den beiden Völkern schürt, voll-ständig falsch und erfunden sind. Die Bergarbeiter seien mit allen Kräften befreit, ihrerseits den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, und haben sie auch gehalten. Weniger indessen seien die Behörden ihrerseits der Verpflichtung nachgekommen, wonach sie be-besserte Ernährung für die erhöhte Leistungsfähigkeit aufgelagt hätten. Darum müsse alles geschehen, um die Ärgern zu vertreiben, auf die sich die Diktatoren zur Begründung des Einmarsches stützen könnten.

Nicht bürge mehr das Schwert regieren, sondern die Verhandlungen der Völker einander müßten enger und bessere werden. Die Machttheorie auf immer begraben sein. Die zukünftige Arbeiterschaft ist ent-schlossen, alles aufzubieten, um diesen Militarismus zu bekämpfen, gegen

Nach kurzen Schlussworten des Vorsitzenden und des Kollegen Glimmen ging der Außerordentliche Kongress, unter dem Gesang der Internationale, besetzt vom besten Geist gekürter Kameradschaft, auseinander.

unserer kameraden Dufemann, Limberg, Sue, Schudy und Genossen hatten im Juli 1920 in dem Haushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung beantragt, die Regierung möge einen Gesandtschaftsvorleser, der die 1900 eingeführten Eisenbahnarbeiter (Weiße Salbe) befreit und deren Kontrollbefugnisse den Betriebs-

Am 3. Dezember fand in Waidenburg im Rathaus zu den drei "Rosen" eine Konferenz der Knappschützleuten des Waidenburger und Neurober Kreiers statt. Der Verhandlungsleiter, Kamerad Schmidt, forderte die Kameraden auf, für den Betriebsausschuss der conf. Fuchsgrube zum Zweck der Verteilung der Sammelgelder an die Invaliden und Witwen neue Listen aufzustellen und diese sobald als möglich dem betreffenden Betriebsausschuss zuzusenden. Dann erfolgte die Vorlesung eines vorläufigen Satzungsentwurfs zum Reichsknappschützlerverein, der dem Vorstandsstellen erst am Tage vorher überreicht worden war. Eine endgültige Stellungnahme dazu war noch nicht möglich, weil dieser vorläufige Entwurf eigentlich nur das äußere Gerippe darstellt, das nur erst von dem eigentlichen Vorberatingsausschuss, dem der Vorstandskamerad Schmidt von unserem Redner angehört, auszubauen ist. Trotzdem entwickelte sich eine sehr lebhafte Aussprache über diesen Punkt, die fast zwei Stunden in Anspruch nahm. Es wurde beschlossen, an den Verbesserungsanträgen, die auf dem Gebiete der Pensions- und Krankentatzenleistung von unseren Kesseln in vorhergegangener Konferenz schon gefordert wurden, festzuhalten. Kamerad Schmidt erhielt den Auftrag, diese Anträge im Vorberatingsausschuss energisch zu verteidigen. Besonders lebhaft wurde von allen Anwesenden die Forderung erhoben, daß die Mitglieder, die das 60 Lebensjahr erreicht und eine 25-jährige Mitgliedschaft nachzuweisen haben, auf ihren Antrag ohne jegliches Entzagen invalidiert werden müssen.

Reihe Deutschland, Schlacht Eblenberg

In Nr. 20 der Freien Arbeiter-Union befindet sich ein Artikel, der mit einer Stellungnahme zu der Sammlung für die Hungerkinder zu zwei verstorbenen Kameraden besetzt. Der Artikel wirkt sehr gut, es lesen die Sammlungen glattiert habe. Diese Bezeichnung entspricht

